

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Der teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gewöhnl. Eintr. od. Konturen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postk.-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 170

Altensteig, Samstag den 23. Juli 1932

55. Jahrgang

Das Demonstrationsverbot gemildert

Berlin, 22. Juli. Nachdem in den letzten Tagen Sitzungen der öffentlichen Ordnung wesentlich nachgelassen haben, hat der Reichsminister des Innern eine Verordnung erlassen zwecks Milderung des bestehenden Demonstrationsverbotes. Das Verbot für Versammlungen unter freiem Himmel und Auszügen gilt nach der neuen Verordnung, die mit dem Sonntag, 24. Juli, in Kraft tritt, nicht mehr für Gedenkfeste, Trauerfeste und sonstige Veranstaltungen, die der Förderung künstlerischer, kultureller oder heimatlicher Zwecke dienen. Doch sind auch diese Veranstaltungen 48 Stunden vorher anzumelden und können bei Gefahr verboten werden. In einem Rundschreiben an die Landesregierungen wird darauf hingewiesen, daß kirchliche Veranstaltungen, auch Geländeübungen ohne demonstrativen Charakter ebenfalls unter die Milderung fallen und in gewissen Fällen für 24. Juli eine Ausnahme von der 48stündigen Anmeldepflicht gemacht werden kann.

Ueberwachungsausschuß des Reichstags

Berlin, 22. Juli. Die Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages wurde am Freitag nachmittag vom Abg. Seemann (So.) eröffnet. In dieser Sitzung waren außer den Nationalsozialisten die Vertreter der Deutschnationalen, des Landvolks und der Deutschen Volkspartei erschienen. Der Reichstagspräsident Loh nahm an der Sitzung teil. Ein Vertreter der Reichsregierung war nicht anwesend, dagegen waren einige Gesandte von Länderregierungen erschienen. Zum stellv. Vorsitzenden des Ausschusses wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Döggner gewählt. Die Frage der rechtmäßigen Einberufung des Ausschusses wurde von dem vorkommunistischen Abgeordneten von Lindener-Wildau aufgeworfen, der die Forderung des Christlich-sozialen Volksdienstes im Ausschuh vertrat. Reichstagspräsident Loh erwiderte, daß der Ausschuh auf Ersuchen der Mehrheit der Mitglieder einberufen worden sei, nachdem festgestellt, daß der Vorsitzende aus politischen Gründen die Arbeiten des Ausschusses sabotiere. Die Abg. Wegmann (Z.) und Dr. Breitscheld (So.) stimmten der Auffassung des Präsidenten zu. Abg. von Lindener-Wildau erklärte demgegenüber, daß er nicht einsehe, welchen Sinn die Tagung des Ueberwachungsausschusses neun Tage vor der Wahl haben sollte, da der Ausschuh Beschlüsse mit Gesetzeswirkung nicht fassen könne. In der Abstimmung erklärten sich sämtliche Anwesende für die Rechtmäßigkeit der Einberufung mit Ausnahme des Abg. von Lindener-Wildau.

Der Ausschuh nahm zunächst mit allen Stimmen gegen die des Abg. von Lindener-Wildau einen Antrag des Abg. Dr. Pfeiffer (Vp.) an, durch den der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Straßer (N.S.) abberufen wird. Zur Beratung des dem Ausschuh vorliegenden zahlreichen Antragsmaterials wurde von der Ausschuhmehrheit die Anwesenheit des Reichsministers und des Reichsinnenministers verlangt. Ein Antrag auf Herbeiführung der beiden Vertreter der Reichsregierung wurde gegen die Stimme des Abg. von Lindener-Wildau angenommen. Die Sitzung wurde für kurze Zeit unterbrochen, um der Regierung von dem Beschluß Kenntnis zu geben.

Sozialdemokraten und Zentrum haben inzwischen übereinstimmende Anträge eingebracht, wonach der Ausschuh von der Reichsregierung die Außerachtlassung der Notverordnung über die Einleitung des Reichskommissars in Preußen und über die Verhängung des Ausnahmezustandes für Berlin und Brandenburg verlangt. Sozialdemokraten und Zentrum fordern darüber hinaus die Aufhebung der bei den Notverordnungen gegen politische Ausschreitungen.

Reichsregierung und Ueberwachungsausschuß

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei hat an den Reichstagspräsidenten Loh folgenden Brief gerichtet:

Nach einer mir soeben zugegangenen telephonischen Mitteilung hat der Ausschuh zur Wahrung der Rechte der Volkswertretung gegenüber der Reichsregierung beschlossen, die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers, des Herrn Reichsministers des Innern und des Herrn Reichswehrministers zu verlangen. Im Auftrage des Herrn Reichskanzlers beehre ich mich hierzu mitzuteilen, daß die Mitglieder der Reichsregierung bereit sind, sich an den Beratungen des Ausschusses zu beteiligen, soweit der Gegenstand der Beratungen sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Ausschusses hält. Ich darf demgemäß darum bitten, mit mir tünlichster Beschleunigung die Anträge auszuweisen, deren Beratung der Ausschuh beabsichtigt.

Da der Herr Reichskanzler im Besitz ist, zu einer Konferenz der Ministerpräsidenten zu verweisen und der Herr Reichsminister des Innern Berlin bereits verlassen hat, wäre der Herr Reichskanzler sehr dankbar, wenn ihm und den anderen Herrn Reichsministern die Einladung zu der Sitzung so rechtzeitig zuzunehmen, daß er mit Sicherheit an ihr teilnehmen in der Lage ist.

Deutschland verlangt Gleichberechtigung

Eine Erklärung Deutschlands in Genf

Genf, 22. Juli. In der Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz gab der deutsche Vertreter, Botschafter Radolny, im Auftrag der Reichsregierung folgende Schlussklärung ab:

Die deutsche Regierung ist bereit, auch weiter an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen und mit aller Kraft dazu beizutragen, daß im Sinne des Artikels 8 der Völkerbundsjahung ein wirklich entscheidender Schritt in der Richtung auf die allgemeine Abrüstung getan wird. Namens der deutschen Regierung muß ich heute aber aussprechen, daß ihre Mitarbeit nur möglich ist, wenn die weiteren Arbeiten der Konferenz auf der Grundlage der zweifelsfreien Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen erfolgen.

Die Gleichberechtigung der Nationen ist das fundamentale Prinzip des Völkerbundes, ebenso wie der Staatengemeinschaft überhaupt. Mit dem Gefühl nationaler Ehre und internationaler Gerechtigkeit wäre es nicht vereinbar, wenn die Konferenz die Regeln und Grundzüge für die allgemeine Abrüstung der Staaten festlegen wollte, aber gleichzeitig Deutschland oder andere Staaten an diesen allgemeinen Regeln und Grundzügen nicht teilnehmen ließe, sondern irgend einem Staat einem diskriminierenden Ausnahmeregime unterwerfen würde. Das würde auch die vertraulichen Ansprüche verletzen, die Deutschland zu haben, und auf die es unter keinen Umständen verzichten kann.

Die deutsche Regierung muß nun zu ihrem tiefen Bedauern feststellen, daß die vorliegende Resolution diesem Standpunkt keine Rechnung trägt. Sie hat aus der Arbeit der verflochtenen ersten Periode der Konferenz, insbesondere auch den Besprechungen der letzten Tage, vielmehr annehmen müssen, daß diese notwendige Voraussetzung noch nicht von allen Regierungen verstanden und anerkannt wird. Die deutsche Regierung hält es nicht für möglich, daß bei dieser Unklarheit über eine Grundfrage des ganzen Abrüstungsproblems erspriehliche Arbeit geleistet werden kann. Sie muß deshalb darauf bestehen, daß diese Zweifel dadurch beseitigt werden, daß die Gleichheit aller Staaten hinsichtlich der nationalen Sicherheit und hinsichtlich der Anwendung aller Bestimmungen der Konvention ohne weiteren Bezug zur Anerkennung gelangt. Soweit die einzelnen Fragen, die sich aus der Anwendung des Grundjahres der Gleichberechtigung ergeben, einer Klärung bedürfen, ist die deutsche Regierung zu sofortigen Verhandlungen hierüber mit den beteiligten Staaten bereit. Die deutsche Regierung muß aber schon heute darauf hinweisen, daß sie ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen kann, wenn eine befriedigende Klärung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte.

Botschafter Radolny fügte dieser Erklärung folgende Worte hinzu:

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Voraussetzung, von der Deutschland keine weitere Haltung abhängig machen muß, bald erfüllt sein wird, und daß wir gemeinsam mit ihnen in die zweite Periode der Konferenz eintreten können, von der ich hoffe, daß sie ergebnisreicher sein wird als die erste, und daß sie uns ans Ziel bringen wird.

Berliner Blätter zur Radolny-Rede

Berlin, 23. Juli. Die gestrige Rede des deutschen Delegationsführers in Genf, Botschafter Radolny, wird von einer Reihe von Zeitungen besprochen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ tadelt die geringe Aktivität der deutschen Abordnung in Genf.

Der „Volkswacht“ bezeichnet es als nicht ganz richtig, worüber eigentlich auf diplomatischem Wege verhandelt werden solle, denn die Gleichberechtigung Deutschlands sei eindeutig im Diktat von Versailles festgelegt. Angesichts der Tatsache, daß eine Mehrheit der Abrüstungskonferenz die gegen Deutschland gerichtete Vertragsformel annehme, mühte die deutsche Delegation eigentlich die einzig mögliche Folgerung ziehen, nämlich zunächst einmal die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz ohne jede weitere Teilnahme an sogenannten Technischen Kommissionen abzubrechen. Wenn das Kabinett von Papen diesen Weg nicht noch in letzter Minute wähle, dann müsse es darüber sich im klaren sein, daß die bis jetzt von der deutschen Delegation in Genf eingeschlagene Taktik der Anshauung der nationalen Kreise Deutschlands nicht entspreche.

Nach Ansicht der „Völkischen Zeitung“ habe es niemals einen Zweifel darüber geben können, daß Deutschland keine Abrüstungskonvention unterschreiben werde, die nicht der Grundforderung der Gleichberechtigung Rechnung trage. Nach allem, was vorangegangen sei, werde man sich außerhalb Deutschlands nicht darüber täuschen dürfen, daß die Ankündigung, sich an den künftigen Verhandlungen nicht mehr zu beteiligen, keine leere Drohung sei.

Die „Germania“ fragt, wie die deutsche Reichsregierung, wenn in der Zwischenzeit nicht der unwahrscheinliche Fall einer diplomatischen Einigung über die Gleichberechtigungsfrage eintritt, unter gar keinen Umständen mehr nach Genf zurückkehren, oder will sie sich diese Möglichkeit weiterhin offen lassen? Sollte das Letztere der Fall sein, so würde uns das Verständnis für

dieses Entgegenkommen fehlen. Wenn nicht ein grundsätzlicher Wandel der Auffassungen vor allem in Frankreich eintritt, so ist ein weiteres Verhandeln vollkommen sinnlos und Deutschland würde sich an einer Verschleppung und Verschleierung des Abrüstungsproblems durch seine weitere Beteiligung mitschuldig machen.

Die Vorgänge in Preußen

Dr. Bracht im Rundfunk

Berlin, 22. Juli. In seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Reichskommissars für Preußen hielt Dr. Bracht im Rundfunk eine Rede, aus der wir hervorheben:

Es lag nicht in der Absicht der Reichsregierung, mit der Amtsenthebung des Ministerpräsidenten und Innenministers den militärischen Ausnahmezustand zu verbinden. Erst die Erklärung des Staatsministers Severina, sich der Verordnung des Reichspräsidenten nicht fügen und nur der Gewalt weichen zu wollen, machte einen beschränkten Einsatz der Waffengewalt des Reiches notwendig. Die Aufgabe, die wir der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar gestellt hat, hat mit irgend welchen parteipolitischen Randern nichts zu tun. Sie ist nur ganz einfach das Ziel, die Staatsautorität und die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Preußen auf überparteilicher Grundlage wiederherzustellen. Die staatsrechtliche Stellung Preußens ist durch die Maßnahmen unberührt geblieben. Ich möchte gegenüber der Verwirrung, die die politische Situation in dieser Frage angerichtet hat, einmal ganz deutlich feststellen, daß es nicht angeht, die Selbstständigkeit eines Landes unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, wie weit die Landesregierung die Möglichkeit besitzt, die Reichsregierung parteipolitisch zu bekämpfen.

Wer den Staat zu vertreten hat, übernimmt stets die Pflicht, gerecht zu sein. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen hat diesen Grundsatz nicht mehr an allen Stellen klar zum Ausdruck kommen lassen. In den Teilen des Landes, in denen das Gefühl, gerecht reagiert zu werden, bei überwiegender Teilen des Volkes nicht mehr bestand, mußte schließlich die Staatsautorität durch die Entfremdung von Persönlichkeiten, die sich objektiver Entschlüsse nicht immer fähig gezeigt haben, wiederhergestellt werden. Die Staatsregierung wird sich auch in der Zukunft bei der Betreuung von Persönlichkeiten mit öffentlichen Ämtern nicht nach der Parteizugehörigkeit, sondern lediglich nach der fachlichen Eignung und Objektivität des Amtsträgers richten. Es genügt nicht, wenn die Staatsgewalt gegen Störungen erst einschreift, wenn sie erfolgt sind; es genügt nicht, die kommunistischen Terrorgruppen zu bekämpfen, wenn sie Feuerüberfälle auf demonstrierende Massen eingeleitet haben, sondern derartige Versuche müssen, bevor sie zur praktischen Auswirkung kommen, unterdrückt werden. Ich werde deshalb meine Maßnahmen, die auf diesem Gebiete zu treffen sind, nicht auf Einzelne beschränken, die erst wirksam werden, nachdem die Pistolen losgeschossen sind, sondern ich werde systematisch dafür sorgen, daß die Waffen aus der Bevölkerung verschwinden. Das Vorhaben der Reichsregierung und der ihr erteilte Auftrag haben nicht das geringste mit einer Absicht für Wahlbeeinträchtigung zu tun; im Gegenteil; es ist meine erste und wichtigste Aufgabe, eine Terrorisierung des Wahlkampfes zu verhindern. Zum Schluss möchte ich mit aller Offenheit meinem schärfsten Wunsch Ausdruck geben, daß es auch in Preußen gelinzt, sobald geordnete parlamentarische Verhältnisse hergestellt und die kommissarische Verwaltung des Landes zu ersetzen durch eine vom Landtag gewählte Regierung.

Die Neuordnung

In der vom Reichskanzler von Papen telegraphisch am Samstag nach Stuttgart eintreffenden Konferenz der Ministerpräsidenten aller Länder werden von der Reichsregierung außer dem Reichskanzler der Reichsinnenminister Freiherr von Gahl und der Reichsarbeitsminister Schäfer teilnehmen, dieser deshalb, weil er Würtemberger ist. Der Reichskanzler will den Ländern über die Gründe seines Vorgehens gegen Preußen Erklärungen abgeben. Doch er die Ministerpräsidenten nicht wie sonst üblich nach Berlin berufen hat, soll eine „liebenswürdige Geste“ gegenüber den Ländern bedeuten. Die Ministerkonferenz soll am Samstag nach zu Ende geführt werden, weil der Kanzler und die beiden Reichsminister am Sonntag wieder in Berlin sein wollen.

Das Reichskabinett betrachtet mit der Abjektivierung einer Anzahl politischer Beamter in Preußen zunächst die Maßnahmen für das Eintreten in Preußen für beendet. Die abgesetzten Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeileiter gehören sämtlich der bisherigen Weimarer Koalition an. Von den abgesetzten Staatssekretären gehören zwei der Sozialdemokratischen Partei an, einer Dr. Abegg, den Demokraten. Von den vier abgesetzten Oberpräsidenten sind drei Sozialdemokraten, einer, der Württembergischer Oberpräsident Fald, Demokrat. Im Amt geblieben ist der demo-



kratische Oberpräsident Siehr, von den sozialdemokratischen Oberpräsidenten ist nur der hannoversche Oberpräsident Koole im Amt geblieben worden. Von den sechs ihres Amtes enthobenen Regierungspräsidenten sind fünf Sozialdemokraten, darunter ein Sohn des früheren Reichsgerichtspräsidenten Simons, und ein Sohn Adolf von Harnack. Der letzte der Kaiserpräsidenten, Dr. Amelunxen, gebürtig dem Zentrum an. Im Amt geblieben ist der demokratische Regierungspräsident Friedensburg in Kassel. Die ihres Amtes enthobenen Polizeipräsidenten sind sämtlich der Sozialdemokratie zuzurechnen. Im Amt geblieben ist der sozialdemokratische Polizeipräsident Borsiegel in Dortmund.

Verhaftungen in Berlin

Polizeioberst Heimannsberg und andere

Berlin, 22. Juli. Der ehemalige Kommandeur der Schutzpolizei, Polizeioberst Heimannsberg, Polizeimajor Entz und das Mitglied des Reichsbanners, Calberaß, wurden am Freitag früh von der Reichswehr in Haft genommen und wegen dringenden Tatverdachts einer Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932. Die Verhafteten wurden in die Militärarrestanstalt in Moabit gebracht.

Der „Schwäb. Merkur“ berichtet folgendes:

Ueber das aufsehenerregende Vorgehen des Militärbefehlshabers in diesem Falle erfährt man eine Reihe von Einzelheiten, wenn auch amtlichseits zunächst, solange die Untersuchung im Gange ist, strengstes Stillschweigen über die Sachlage bewahrt wird. Es dürfte sich aber trotzdem der Tatbestand herausstellen haben, daß der frühere Polizeikommissar der geistige Führer der Bekleidungen gewesen ist, die unmittelbar nach Uebernahme des Reichskommissariats für Preußen eingesetzt haben und die darauf hinzielten, der auf verfassungsmäßigem Wege durch die Notverordnung des Reichspräsidenten eingeführten Neuordnung der Dinge in Preußen mit gewalttätigen Mitteln entgegenzutreten. Infolgedessen wird gegen Oberst Heimannsberg ein Verfahren eingeleitet werden, er wird unter Anklage gestellt und das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Wie verlautet, ging die Absicht des Obersten Heimannsberg dahin, unter Unterstützung verschiedener Schutzpolizeioffiziere, des Reichsbanners, der Eisernen Front und unter Beteiligung einiger Schutzmannschaften auf gewalttätigem Wege gegen die Inhaber des Reichskommissariats und damit gegen die Reichsregierung vorzugehen. Durch den schnellen Zugriff des Militärbefehlshabers ist es jedoch gelungen, alle diese Pläne im Keim zu ersticken, wobei aber jetzt schon festliegen dürfte, daß die Pläne bereits greifbare Gestalt angenommen haben. Es verlautet mit großer Bestimmtheit, daß bereits am Donnerstag mittags im Flughafen Tempelhof eine Abteilung Reichswehr erschien und dort die gerade zum Abfliegen bereitstehende Flugzeugmaschine der bekannten sozialdemokratischen Flugorganisation Sturmwoegel am Start verhinderte, in dem Flugzeug zwei Koffer beschlagnahmte, in denen, wie es heißt, geheimes Material, das in den Akten des Polizeipräsidenten verborgen, sich befand und das von dem „Sturmwoegel“ in Sicherheit gebracht werden sollte. Oberst Heimannsberg hat des weiteren in den letzten Tagen, besonders am achtzigsten Donnerstag, in seiner Wohnung Besprechungen mit verschiedenen Persönlichkeiten gehabt, die auf eine gewalttätige Aenderung der Verhältnisse in Preußen hinarbeiteten und das Ergebnis ist die heutige Verhaftung gewesen.

Im Zusammenhang damit ist von Bedeutung, daß nach Berliner Meldungen auf einer Funktionssitzung der Berliner Parteioffiziere der SPD, am Donnerstag erhebliche und schwere Vorwürfe der Funktionäre gegen die bisherigen sozialdemokratischen Minister in Preußen erhoben worden sind, und daß sich dort eine außerordentlich starke Unzufriedenheit zum Verhalten der Minister zeigte. Man hat ihnen vorgeworfen, daß sie zu schnell ihre Ämter aufgegeben haben, daß sie nur der Form nach und nicht tatsächlich der Gewalt gewichen sind. Man hat von ihnen gefordert, daß sie der Gewalt des Reichskommissars die Gewalt der SPD, und der Eisernen Front hätten entgegenstellen müssen. Es ist weiter dabei zum Ausdruck gekommen, daß nach Ansicht der SPD-Funktionäre die bisherigen preussischen Minister, besonders Braun und Seferina, durchaus in der Lage waren, die Pläne des Reichskommissariats für Preußen dadurch zu machen, daß die Reichsregierung von den preussischen Vollzugsorganen rechtzeitig verhindert worden wäre.

Von den verbleibenden acht Oberpräsidenten gehören drei der Zentrumspartei, zwei der Deutschen Volkspartei, einer der Staatspartei und einer der Sozialdemokratischen Partei an. Von 32 Regierungspräsidenten, die im Amt bleiben, sind neun parteipolitisch zum Zentrum, neun zur Deutschen Volkspartei, sechs zur Staatspartei und drei zur Sozialdemokratischen Partei zuzurechnen.

In Berlin toste die Eisernen Front unter dem Vorsitz des Reichsbannerführers Höltermann, dann der sozialdemokratische Parteivorstand unter Teilnahme des bisherigen preussischen Ministers Otto Braun und ehemaligen Innenministers Seferina. Ferner fanden Verhandlungen der Freien Gewerkschaften und des Afa-Bundes statt. Es wurde die arbeits „Aktivität“ der Partei gefordert. Die Kommunisten schärften nach wie vor zum Generalstreik. Weder die Preußen-Regierung noch die Reichsregierung werden zunächst ein Verbot der KPD. ausprechen, weil man befürchtet, daß dann unter Umständen später die Rechtsultateit der Reichstagswahl angefochten werden könnte. Sollte es zu einem Einschreiten gegen die Kommunisten kommen, so wird wohl zunächst nicht ein Verbot der Partei, sondern ein Verbot ihrer Kampforganisationen in Frage kommen.

Ein Verbot der Generalstreikpropaganda

Der Militärbefehlshaber erklärte, der Generalstreik als politisches Kampfmittel gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 bedeutet eine wesentliche Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Gegen Redner, Verfasser und Verteiler von Flugblättern, die zum Generalstreik auffordern, ist daher gemäß Paragraph 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vorzugehen.

Eine von den Kommunisten für alle Betriebsräte angelegte Betriebsrätevollversammlung, bei der das Thema „Belagerungszustand in Berlin und die Aufgaben der Betriebsbevollmächtigten“ behandelt werden sollte, ist vom Wehrkreiskommando verboten worden.

Geschäftsübergabe in den preussischen Ministerien

Berlin, 22. Juli. Der Stellvertreter des Reichskommissars für Preußen, Dr. Braht, übernahm die Geschäfte im preussischen Staatsministerium. Alsdann verhandelte er mit den Staatsministern Dr. Schreiber, Dr. Steiger und mit deren in den einstweiligen Rubezustand versetzten Staatssekretären mit dem Ergebnis, daß die Geschäfte des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe nunmehr an den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs beauftragten Bankenkommisars Dr. Ernst und des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an Staatssekretär Ruffel übergeben werden. Die in Aussicht genommene Unterbrechung mit Staatsminister Dr. Dietzlefer konnte nicht stattfinden.

Auch Dr. Dietzlefer übergibt sein Amt

Berlin, 22. Juli. Staatsminister Dr. Dietzlefer hat sich bereit erklärt, die laufenden Geschäfte des bisher von ihm geleiteten Mobilfabrikministeriums abzugeben. Die Geschäfte des Ministeriums hat Staatssekretär Scheidt übernommen. Damit ist die „Übergabe sämtlicher preussischer Staatsministerien an die durch den Reichskommissar Beauftragten vollzogen.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke leitet die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes

Detmold, 22. Juli. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, der zur Zeit auf Urlaub in Oberbayern weilt, wird seinen Urlaub unterbrechen, um die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes am Samstag zu leiten. Dr. Bumke wird im Laufe des Freitags in Detmold eintreffen.

Urlaubsperre für die Berliner Polizei

Berlin, 22. Juli. Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und Brandenburg, Generalleutnant von Rundstedt, hat heute nachmittag den Berliner Polizeipräsidenten angewiesen, für die Berliner Schutzpolizei sofort die Urlaubsperre zu verhängen. Die Beamten, die sich unterwegs befinden, werden sofort telegraphisch zurückgerufen werden.

Schutzhaftbefehl gegen Major a. D. Anker und Rob. Breuer

Berlin, 22. Juli. Der Militärbefehlshaber von Groß-Berlin und Provinz Brandenburg hat am 22. Juli 1932 gegen die Reichsbannerführer Major a. D. Anker und Robert Breuer Schutzhaftbefehl erlassen. Die beiden Genannten sind, wie sich aus einem Artikel der Berliner „Börsezeitung“ vom 21. Juli 1932 und einer Vernehmung des Berichterstatters der genannten Zeitung ergeben hat, dringend verdächtig, in einer Versammlung der Eisernen Front am 20. Juli 1932 die Reichsregierung und die Träger der vollziehenden Gewalt beschimpft und die Eisernen Front zur Illegalität aufgefordert zu haben. Dadurch haben sie die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet. Gegen die Genannten wird wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen des Reichspräsidenten und des Militärbefehlshabers vom 20. Juli 1932 bei der zurückliegenden Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet.

Der Deutsche Postverband zur Gewerkschaftserklärung

Berlin, 22. Juli. Der Deutsche Postverband hat sich in einer Sondervorstandssitzung mit der Unterzeichnung der bekannten Erklärung der Gewerkschaften durch den Deutschen Beamtenbund befaßt. In der Unterzeichnung der Erklärung durch den Deutschen Beamtenbund wird vom Deutschen Postverband eine unzulässige parteipolitische Stellungnahme zu den letzten staatspolitischen Vorgängen erklart, die auf das schärfste gemißbilligt wird und von der der Deutsche Postverband entschieden abrukt.

Dr. Volz an Hindenburg

Die Stellungnahme der württembergischen Regierung

Die württembergische Regierung hat zu der Frage der Einsetzung eines Staatskommissars für Preußen an den Reichspräsidenten und an den Reichsanwalt ein Schreiben gerichtet. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Die Notverordnung über die Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preußen ist von größter Tragweite für alle Länder, da deren Selbstständigkeit die Grundlage des deutschen Verfassungslebens bildet.

Da der Streit darüber, ob die Notverordnung in dem Artikel 48 der Reichsverfassung eine ausreichende Grundlage hat, nach Artikel 19 der Reichsverfassung von dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches entschieden wird, so kann die Württ. Staatsregierung davon absehen, die von anderen Ländern bereits geltend gemachten und von ihr geteilten verfassungsrechtlichen Bedenken zu wiederholen; sie kann sich darauf beschränken, ihre politische Besorgnis auszusprechen. Unsere Besorgnis gilt der Auswirkung der Maßnahmen in der Zukunft, sie schaffen einen Vorgang, der auch die übrigen Länder der Gefahr ähnlicher Einriffe in ihre verfassungsmäßigen Rechte aussetzt. Gerade in Württemberg, wo das Eigenleben des Staates mit Zähigkeit verteidigt wird, würde eine solche Entwicklung besonders schwer getragen werden.

In Ehrerbietung Euer Erzelens ergebener
(ges.) Volz, Staatspräsident.

Der Brief des württembergischen Staatspräsidenten an den Reichspräsident ist seiner Form und seinem Inhalt nach korrekt. Es kann nichts dagegen eingewendet werden, schreibt der Schwäb. Merkur. Freilich, man braucht die Besorgnis der württembergischen Regierung, die in dem Schreiben zum Ausdruck kommt, nicht zu teilen. Württemberg hat nichts zu befürchten, solange so geordnete, laubere Verhältnisse herrschen wie heute. Wir haben alle kein Verlangen darnach, preussische Zustände so oder so zu erhalten.

Die „Südd. Zeitung“ bemerkt, daß bei der Beschlussfassung des württembergischen Staatsministeriums die Minister Dr. Dehlinger und Dr. Maier, weil abwesend, nicht mitgewirkt haben. Anwesend waren lediglich die beiden Zentrumminister Dr. Volz und Dr. Beyerle sowie Kultminister Dr. Basille.

Beginn der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms

Berlin, 22. Juli. Wie wir erfahren, sind die Vorbereitungen zur Durchführung des von der Reichsregierung beschlossenen Arbeitsbeschaffungsprogramms auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft und des Straßenbaues in vollem Gange. Für Maßnahmen der Reichswasserstraßenverwaltung wurden die ersten Projekte in einem Gesamtkostenbetrage von 3 800 000 Mark bereits bewilligt. Hierfür wurden von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G. Darlehen im Gesamtbetrage von rund 3 100 000 Mark und von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Zuschüsse in Höhe von 430 000 Mark zur Verfügung gestellt. Bei den zu fördernden Projekten handelt es sich u. a. um neue Löße des Mittellandkanals. Des weiteren hat die Deutsche Gesellschaft für Notstandsmaßnahmen den Ländern Preußen und Bayern im Rahmen ihres laufenden Programms neuerdings einen Betrag von rund 2 Millionen Mark bewilligt. An der Finanzierung dieser Arbeiten ist die Reichsanstalt ihrerseits mit Zuschüssen in Höhe von weiteren rund 900 000 Mark beteiligt. Auch mit diesen Beträgen werden in erster Linie Straßenbauten, daneben auch Brückenbauten und Kanalisationsanlagen gefördert. Die Stadt Berlin hat hier von einschließlich der Zuschüsse der Reichsanstalt einen Betrag von rund 2 025 000 Mark erhalten. Insgesamt sind somit für zusätzliche Arbeiten von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G. und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung rund 6 500 000 Mark zur Verfügung gestellt worden.

Der frühere Reichsminister v. Schlieben†

Solle, 22. Juli. Der frühere Reichsfinanzminister von Schlieben ist in der vergangenen Nacht nach einer Operation gestorben. von Schlieben war Vorsitzender der wirtschaftlichen Vereinigung der mitteldeutschen Zuckerindustrie. Er wurde am 14. Juni 1875 in Großrindersdorf (Schlesien) geboren, studierte Rechtswissenschaften und trat in den preussischen Verwaltungsdienst ein, wo er zuletzt Landrat in Ostpreußen war. Im Jahre 1916 trat er als Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat in der Reichskasse in den Reichsdienst. Nach dem Umsturz kam er 1919 in das Reichsfinanzministerium, wo er 1920 Ministerialdirektor und Leiter der Einnahmeverwaltung wurde. Im Januar 1925 trat er als Reichsfinanzminister in das Kabinett Luder ein. Er betrieb eine Politik, die von seinen Gegnern „Defizitpolitik“ genannt wurde. Die Einnahmen übertrafen den Voranschlag um 2 Milliarden RM. Am 25. Oktober 1925 trat Schlieben mit den übrigen Deutschnationalen infolge des Locarnovertrages aus der Regierung aus. Von 1926 bis 1930 leitete er das Landesfinanzamt Magdeburg.

Gronau zum Atlantikflug gestartet

Wilt a. W., 22. Juli. Heute vormittag 11 Uhr ist nach langem Warten auf günstigeres Wetter Wolfgang von Gronau auf seinem Erdölmotorboot vom Bernhards nach Nordamerika gestartet. Neben seinem Bordmonteur Franz Seid und seinem Bordflieger Albrecht, die ihn beide schon bei seinen Transatlantikflügen 1930 und 1931 begleitet haben, befindet sich noch als zweiter Flugzeugführer Herr von Roth an Bord.

Gronau aus Island gelandet

Reykjavik, 22. Juli. Der deutsche Flieger von Gronau ist heute abend kurz vor 7 Uhr glatt in Seldisfjord gelandet.

Das 11. Deutsche Sängerbundesfest

Feier in der Paulskirche

Frankfurt, 22. Juli. Nachdem am Donnerstag abend die Berliner Sängerbund in Frankfurt a. M. eingetroffen waren, folgten am Freitag vormittag die Sängerbundzüge aus allen Ecken Deutschlands. Die hier erwarteten 40 000 Sängerbund sind vollständig eingetroffen. Der Freitag wurde mit einer eindrucksvollen Feier in der Paulskirche eingeleitet. Die Festrede hielt der Vorsitzende des Festauschusses, Rechtsanwalt Dr. Hermann Frankfurt a. M., der in längeren Ausführungen die Geschichte jener Zeit umriß, in deren Mittelpunkt die Paulskirche stand. Unter Anwendung auf die heutige Zeit betonte der Redner, daß die Einheit auch heute nicht bestünde, solange man unseren Volkstörper in zwei Teile zersplittern und lebenswichtige Organe aus ihm herausgeschnitten habe. — Der Obmann des Österreichisch-deutschen Volksbundes Wien, Generaldirektor Dr. Rudolph, legte ein begeistertes Bekenntnis für den Anschlußgedanken ab.

Neues vom Sage

Schweres Verkehrsunfall in München 4 Tote

München, 22. Juli. Ein schweres Verkehrsunfall ereignete sich am Freitag nachmittag im Westen der Stadt. An einer abfahrenden Stelle riß von einem mit Kies beladenen Lastkraftwagen einer Münchener Baufirma der Anhänger ab und fuhr nach rückwärts die abfallende Straße hinunter. Ein Mann, der auf einem Fahrrad ein Kind mit sich führte, wurde erfasst und ebenso wie das Kind auf der Stelle getötet. Dann geriet das Gefährt auf den Bürgersteig und überrannte mehrere Passanten. Eine Frau und ein Mann erlitten tödlich Verletzungen. Ein weiterer Passant wurde schwer verletzt.

Wolkenbruch über Niederbayern

Rüdnern, 22. Juli. In der Gegend von Neumünster ging ein Wolkenbruch nieder, wie er in einem ähnlichen Ausmaße seit 40 Jahren nicht mehr beobachtet wurde. Länger als eine Stunde hielt das Unwetter an. Die Häuser am unteren Markt standen in kurzer Zeit meterhoch unter Wasser. Bei Aulern wurden Keder wengerissen, Wiesen verschlammmt und die Kartoffeln fortgeschwemmt.

Der Konflikt zwischen Paraguay und Bolivien

Washington, 22. Juli. (Neuter.) Die Vertreter der fünf neutralen Mächte, die an der ibamerikanischen Konferenz in Washington teilnehmen, haben Paraguay und Bolivien telegraphisch gebeten, die Feindschaften einzustellen und einen Nichtangriffsvertrag zu unterzeichnen.



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 23. Juli 1932.

Amüliches. Pfarrer Haug in Deishelbronn, Def. Herenberg (ehemaliger Stadtpfarrer in Altensteig) ist seinem Ansehen gemäß in den Ruhestand versetzt worden.

Die Diamantene Hochzeit feiern am heutigen Samstag in Offenhausem O.A. Münstingen Forstdirektor a. D. Stod und Gattin. Forstdirektor a. D. Stod kam 1.31. von Hofstett, wo er Revierförster war, nach Altensteig. Er hatte dann viele Jahre das hiesige Forstamt unter sich und ist hier noch als leiblicher Beamter in bester Erinnerung. Bei ihm wohnte zugleich seine Mutter, die Frau Prälat Stod im hiesigen Forstamt. Der bekannte Augenarzt Professor Dr. Stod an der Augenklinik in Tübingen ist ein Sohn des Ehepaars und besuchte hier die Schule. Gerne erinnert man sich hier der Familie des ehemaligen Revierförstlers und späteren Oberförstlers, der ein allezeit freundlicher und beliebter Beamter war. Wir entbieten dem verehrten diamantenen Ehepaar die herzlichsten Wünsche.

Evangelischer Jugendpfennig. In den nächsten Wochen wird in den evangelischen Familien des Landes erstmals eine Sammlung stattfinden, die aber so bedeutsam austritt, daß jeder ein stähliger Geber sein kann. Nur um ein Zehnerstück will der „Evangelische Jugendpfennig“ bitten, nicht um mehr. Und dafür bekommt der freundliche Geber auch noch als Dank und Erinnerung ein hübsches Buchzeichen. Wer kann sagen, daß er nicht ein einziges Mal im Jahr ein Zehnerstück übrig habe? Ist es auch wenig, so kann man doch hoffen, daß aus dieser Kleinigkeit im ganzen Land so viel zusammenkommt, daß viel Not unter Kindern und Jugend gesteuert werden kann. Es steht zur Zeit nicht gut. Krankentafeln, große Sozialversicherungen, Jugend- und Wohlfahrtsämter, Bezirksfürsorgebehörden und freie Einrichtungen der Jugendwohlfahrtspflege verarmen immer mehr und sind in ihrem Bestande gefährdet. Sie können bald für kranke, schwache, unterernährte, tuberkulosegefährdete Kinder nicht mehr eintreten und müssen auch für Krippen, Kindergärten und derartige notwendige Einrichtungen teilweise schon jetzt ihre Unterhaltungen aufgeben. Da soll dann der Jugendpfennig eintreten. Werdet einzelne Familiennöte werden im Lauf der nächsten Zeit in jeder Gemeinde austauschen und wie froh wird man sein, wenn man auch nur ein Zehnerstück helfen kann! Darum begegnet jedermann dem „Evangelischen Jugendpfennig“ freundlich. Kann man nicht mehr viel geben, ein Zehnerstück einmal im Jahr kann jedermann geben. Vielleicht wird man auch staunen, was es mit seiner kleinen Kraft vermag.

Calw, 22. Juli. Der Fremdenverkehr läßt bis jetzt zu wünschen übrig. Es fehlt an ständigen Kurgästen, trotzdem die Galtböde die Preise heruntergesetzt haben. Manche Geschäftsleute sagen, der Verkehr sei noch nie so schlecht gewesen wie heute. — Die Bautätigkeit ist in diesem Jahr wider Erwarten recht befriedigend. Eine größere Anzahl von Wohnhäusern, besonders im Kapellenberg sind im Bau begriffen. In diesem Gebiet und am hohen Felsen entsteht eine ganze Siedlung. Man bezeichnet diese Bauten als Angstbauten, da sie der Sorge wegen Entwertung des Geldes entspringen. Für das Baugewerbe bedeuten sie lohnende Arbeit.

Deisenfrott, 21. Juli. Georg Wolf, Bauer, war am Mittwoch mit Gullenfäden beschäftigt. Sein sonst ruhiges und frommes Pferd, durch die in der Mittagszeit gierigen Strohstücken in Aufregung gebracht, schaute beim Höllen des Fasses. Georg Wolf, der das Pferd am Jügel hatte, fiel zu Boden und erhielt einen Fußtritt mitten ins Gesicht. Nach Anlegen eines Rotverbandes mußte er im Auto zum Arzt gebracht werden; erhebliche Narben dürften ihm für die Zukunft verbleiben.

Neuenbürg, 23. Juli. (Der Leichenfund bei Neufaj.) Bei den vorgestern aufgefundenen Leichen handelt es sich um einen Mann von etwa 40 Jahren und um ein Mädchen, das im Alter von etwa 20 Jahren gestanden haben dürfte. Da an der Fundstelle auch ein Revolver lag, ist mit Sicherheit zu vermuten, daß die beiden Selbstmord begangen haben. Die Liebestragödie muß sich schon vor etwa zwei Jahren ereignet haben und nur dem Umstand, daß die Leichen im dichtesten Gebüsch lagen, wo nur selten jemand hinkommt, ist es zuzuschreiben, daß das Drama erst jetzt aufgedeckt wurde. — Die Identifizierung der beiden Personen konnte einstweilen noch nicht erfolgen. Von zuständiger Seite erfährt die B. P., daß die beiden Schädel und

Kleidungsstücke, die an der Fundstelle ebenfalls aufgefunden wurden, an die Vermittlungsstelle in Stuttgart zu weiteren Nachforschungen geschickt wurden. Die übrigen Teile der Leichen sind nach Neufaj verbracht worden. Das geheimnisvolle Rätsel, das um diese Toten schwebt, ist deshalb schwer zu lösen, weil man an der Fundstelle im Neufajer Wald keinerlei Anzeichen oder andere auf den Namen der Personen hinweisende Papiere fand. Außer den Schuhen und anderen Kleidungsstücken fanden sich lediglich zwei Geldbeutel, in demjenigen des Mädchens waren fünf Pfennig, in dem des Mannes zehn Pfennig.

Aus Neuenbürg berichtet der „Enztäler“ eine merkwürdige Geschichte. Er schreibt: „Schon vor Wochen entdeckte aufmerksame Pflanzenbeobachter, daß auf fast allen Blättern des Fajers deutlich sichtbar ein großes lateinisches B eingewachsen ist. Man hat den Eindruck, als ob der Buchstabe mit einem Stempel aufgedrückt worden wäre. Interessant ist nun, daß solche Blätter mühelos sowohl im Tal der Enz als auch auf den Bergen links und rechts des Flußes gefunden werden und daß die Form immer genau dieselbe ist, sowohl an kranken, als auch an gesunden Blättern. Diese seltsame Erscheinung wird im ganzen Bezirk viel besprochen. Und nun kommt, wie immer in unruhigen Zeiten, der Aberglaube zu seinem Recht. Aengstliche Leute vermuten nämlich, daß das lateinische B Bürgerkrieg oder sonstiges Unheil bedeute, andere wiederum sind der Ansicht, daß es Besserung heißen könnte. Derselbe merkwürdige Erscheinung soll übrigens auch im Kriegsjahr 1914 beobachtet worden sein, nur daß an Stelle des B ein K gestanden habe. Derartige Blätter sollen noch, wie versichert wird, in präpariertem Zustand erhalten sein.“

Widdach, 20. Juli. In der letzten Gemeinderatsitzung berichtete der Vorsitzende über die Streitigkeiten zwischen der hiesigen Mietkraftwagenvereinigung und der Reichspost. Es fanden sowohl hier wie auch in Stuttgart bei der Oberpostdirektion Verhandlungen statt, die aber bisher zu keinem endgültigen Ergebnis führten. Die Oberpostdirektion steht auf dem Standpunkt, daß jeder Verständigung die Wiederzulassung eines Reichspostwagens beim König-Karl-Bad vorausgehen müsse. Der Gemeinderat erklärte nach wie vor, daß die Aufstellung eines Wagens beim König-Karl-Bad verkehrshindernd wirke, da sich hier zugleich auch der Eingang zur Trindhalle, der Zugang zum Kurhaus und die Zufahrt zum Quellenhof befindet. Die Einführung der sogenannten „Kampfpresse“ durch die Reichspost wurde vom Gemeinderat bedauert und es wurde als ein Unrecht bezeichnet, wenn eine Reichsbehörde derartig gegen die Privatwirtschaft vorgehe.

Obernorf a. N., 22. Juli. Mittwoch vormittag verunglückte der 56 Jahre alte verheiratete Kronenwirt August Heintzelmann von Weiden O.A. Sulz in der Bahnhofstraße und ist gestern an den erlittenen Verletzungen gestorben. Heintzelmann wollte das Fuhrwerk eines Bekannten vom Markt nach Hause führen. Bei der Fahrt durch die Bahnhofstraße schaute plötzlich das Pferd vor dem einfahrenden Zug. Das Pferd ging durch und Heintzelmann vermochte es nicht mehr anzuhalten. Er wurde vom Wagen geschleudert, so daß er bewußtlos liegen blieb. Mit schweren inneren Verletzungen wurde Heintzelmann ins städtische Krankenhaus übergeführt, wo er seinen Verletzungen erliegen ist.

Neuklingen, O.A. Leonberg, 22. Juli. (Tragisches Ende eines Fuchseins.) Daß trag aller Schlaueit auch einmal ein Fuchseins sich selbst das Grab bereitet, ist ein seltenes Ereignis. In einem Wassergraben wurden in den letzten Tagen ein Fuchs und eine Ente gefunden, die dem Verwesungsgrade nach schon einige Wochen hier lagen. Die Ente muß, von dem Räuber überrascht, in den Schacht geraten sein. Meister Keineke hat in seiner Werdgier jede Vorsicht außer acht gelassen und stürzte seinem Opfer nach. Die Beschaffenheit des Schachtes machte ein Entrinnen unmöglich; so mußte er neben seiner Beute elend ertrinken.

Bartenbach, 22. Juli. (Politische Schlägerei.) Im Anschluß an eine gestern abend im Gasthaus zum „Adler“ abgehaltene nationalsozialistische Wahlversammlung kam es zu Zusammenstößen zwischen den zum Schutz der Versammlung aus Göppingen gekommenen Nationalsozialisten und politischen Gegnern aus Bartenbach, welche der KPD. und

dem Reichsbanner angehören. Während der Versammlung hatte sich eine größere Menschenmenge vor dem Lokal angeammelt, welche den abziehenden Nationalsozialisten nachdrängte und sie plötzlich mit einem Steinhagel überschüttete, worauf die Nationalsozialisten ebenfalls mit Steinen warfen. Etwa eine Stunde später gingen die Nationalsozialisten nochmals nach Bartenbach zurück, um nach zwei vermissten Parteigenossen zu sehen. Darauf wurden sie in der Nähe der Wirtschaft zur „Kofe“ von ihren Gegnern, welche mit Prügeln und Latienstücken bewaffnet waren, angegriffen. Es entwickelte sich eine große Schlägerei, welche erst durch das Eingreifen der inzwischen herbeigekommenen Polizeibeamten aus Göppingen beendet wurde. Mehrere Nationalsozialisten wurden teilweise erheblich verletzt.

Welzheim, 22. Juli. (Vom Zug überfahren.) Nachmittags wurde beim Bahnübergang am Ortseingang der verheiratete Kaufmann Karl Schwieger vom Zug überfahren. Er überhörte, weil er etwas schwerhörig ist, das Signal des herannahenden Zuges und geriet unter die Lokomotive. Die schweren Verletzungen führten den sofortigen Tod des allgemein geachteten Geschäftsmannes herbei.

Handel und Verkehr

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 22. Juli. Weizen märk. 240 bis 251; Futur- und Industrienerke 161—172; Hafer märk. 163 bis 168; Weizenmehl 29.50—33.75; Roggenmehl 25—26.75; Weizenkleie 11.60—11.90; Roggenkleie 10.25—10.60; Veltorierbrenn 17—23; H. Speiseerbsen 21—24; Futtererbsen 15—19; Ackerbohnen 15—17; Wicken 17—19; Lupinen, blaue 10.50—11.50; die gelbe 15—11.50; Leinsamen 10.30—10.50; Erbsenmehl 11.20 bis 11.30; Erbsenmehlschrot 11.30—11.50; Trodenmehlschrot 9.40 bis 9.60. Allgemeine Tendenz: fester.

Landesproduktionsbörse Stuttgart e. R. Der neu gewählte Vörsenrat der Landesproduktionsbörse Stuttgart trat dieser Tage zu einer Sitzung zusammen, um verschiedene in der Vörsenordnung vorgesehene Wahlen vorzunehmen. Zum ersten Vorsitzenden der Landesproduktionsbörse Stuttgart e. R. wurde M. Hegenheimer in Firma Hegenheimer u. Meier, Stuttgart, zum Stellvertreter Oekonomierat Dr. G. Maier, Deishelbronn a. N., auf die Dauer von drei Jahren einstimmig wiedergewählt.

Beste Nachrichten

SA-Führerbesprechung in Berlin

Berlin, 21. Juli. In Berlin fand eine Gruppenführertagung der SA statt. Die Tagung stand unter der Leitung von Stabschef Röhm, der die Gruppenführer und andere höhere SA-Führer zusammenberufen hatte, um mit ihnen die Lage auf Grund der Berliner Ereignisse zu besprechen. Der Stabschef vorbereitete sich in längeren Ausführungen über die Aufgaben, die sich im Zusammenhang mit der Abhebung der marxistischen Regierung Braun-Severing in den nächsten Wochen ergeben. Im Verlauf der Tagung nahmen auch Hauptmann Göring und Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser das Wort. Uebereinstimmend kam der Wille zum Ausdruck, daß die Wahlen am 31. Juli unter allen Umständen durchgeführt werden müssen. Die Abhebung der roten Preußenregierung wurde als Aufstuf zur endgültigen Liquidierung des Novemberregimes begrüßt. Die Zeiten der Novemberherrschaft müssen endgültig und ein für allemal vorbei sein. Die partielle Behandlung der nationalsozialistischen Partei mit marxistischen Verbrecherorganisationen lehnen wir ab. Die Tagung wurde beendet mit einem Treuegelöbnis für den obersten Führer Adolf Hitler.

Polnische Eisenbahndirektion nach Thorn verlegt. Warschau, 22. Juli. Das Kabinett hat, wie die polnische Telegraphenagentur meldet, die Verlegung der Eisenbahndirektion von Danzig nach Thorn beschlossen.

Die irischen Kampfschiffe treten in Kraft. Dublin, 22. Juli. Der Vorschlag des Senates, diejenigen Bestimmungen in der Zollvorlage zu streichen, die die Regierung zur Erhebung einer Stempelsteuer auf alle Dokumente und Transaktionen ermächtigt, wurde von der Kammer abgelehnt. Damit ist die Vorlage über die Verzollung englischer Waren in Kraft getreten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lau.

Reinhaltung der öffentlichen Gewässer.

Immer wieder ist wahrzunehmen, daß häusliche und gewerbliche Abfälle aller Art in öffentliche Gewässer eingeworfen oder hart am Uferand gelagert werden, so daß die Abfälle entweder durch ihr eigenes Gewicht oder durch Wegspülung in das Bachbett geraten. Dort bilden sie Ablagerungen, die nicht nur häßlich wirken, sondern auch zur Heranziehung von Motten und Insekten beitragen, üble Gerüche erzeugen und hin und wieder sogar den Wasserablauf in gefährlicher Weise einengen.

Ich mache daher darauf aufmerksam, daß Schutt, Unrat und andere feste, das Wasser erheblich verunreinigende oder seinen Lauf störende Gegenstände, sowie Tierleichen nach Art. 22 des Wassergesetzes nicht in öffentliche Gewässer gebracht werden dürfen. Zuwiderhandlungen sind gemäß Art. 110 Ziffer 4 des Wassergesetzes strafbar, auch kann die Polizeibehörde nach Art. 112 des Wassergesetzes die Befestigung der betr. Gegenstände durch die Beteiligten anordnen.

Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, diese Vorschriften durch ortsübliche Bekanntmachung in Erinnerung zu bringen, ihre Durchführung zu überwachen und gegen Verfehlungen nachdrücklich vorzugehen.

Magold, den 21. Juli 1932.

Oberamt: Baitinger.

| | |
|--|--|
| Grömbach. Eine 36 Wochen trächtige | Gaugenwald. Eine junge, 33 Wochen trächtig. |
|  Ruh |  Milch- und Schaffstab |
| verkauft Kappler Bwe. | verkauft Hans Dürr. |

Altensteig-Stadt
Zu dem am Dienstag, den 26. d. M. stattfindenden

Krämer-, Vieh- und Schweinemarkt

wird hiemit eingeladen.

Bürgermeisteramt:
Pfeizenmaier.

Altensteig.

Zur Einmachzeit empfehle:

von jeweils eintreffenden Ladungen:

1a. Stuttgarter und Kölner Fabrikate
fein und grob

Erstall-, Sand- und Grieszucker
in Säcken à 50 und 100 Kilo sowie im Anbruch

Würfel-Zucker, Feinkorn und Domino
in Pakets à 2 u. 5 Pfund, in Kisten à 50 u. 100 Pfund
gegen Cassa zu billigsten Tagespreisen

Chr. Burghard Jr.

Fenster-Verkauf.

Am Montag, den 25. Juli 1932, abends 6 Uhr werden
9 Stück entbehrlich gewordene, aber gut erhaltene,
3 flügelige Fenster 90/154 cm
im öffentl. Auktionsreich
verkauft.

Zusammenkunft vor dem Gebäude der
Städt. Sparkasse, Altensteig.

Ist Ihr Mostfaß leer?

dann stellen Sie aus Ulmer Mostkonferven Marke
„Schwabentrunk“ einen Hausrat her, der nach
Urtel von Fachleuten wie Apfel-
most schmeckt und nur 9 Pfg. das Liter kostet. Seit 25 Jahren
bewährt! Garantie: Geld zurück! Portion zu 100 Liter M. 8.80.
Wo nicht erhältlich, wende man sich an **Mostkonfervenfabrik**
Him a. D., Küfergasse 1. Zu haben in **Altensteig**: Küferei
Koh untere Stadt; **Egenhausen**: Küferei Wagh; **Simmertshald**:
Küferei Dauter.

Schönes, frisches

Fichten-Spaltholz
auch für Küfer und Kübler geeignet,
hat zu verkaufen

Gustav Fren, Nittelberg, Tel. Amt

Ihr Besuch
meines
Saison-Schluß-Verkaufs
bis 30. Juli

wird sich bestimmt lohnen.

Zum Zweck der Räumung sind meine Preise für sämtliche:

Damen- und Kinderkleidung, Sommerkleider- und Mantelstoffe, Damen-, Herren- und Kinderwäsche, Waschstoffe, Vorhänge, Vorhangstoffe **ungewöhnlich herabgesetzt.**

Ein Posten: Knaben-Waschanzüge, Joppen, Windjacken, blaue Arbeitsanzüge, Anzug- und Hosenstoffe **weit unter Ankauf**

Gustav Wucherer, Altensteig.

Balermühle Gde. Hornberg.

Danksagung.



Für die herzliche Anteilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, Großvaters und Bruders

Friedrich Wurster

sowie unseres lieben Sohnes und Bruders

Friedrich

für die überaus große Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, sagen wir allen herzlichen Dank. Insbesondere danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Käbler, den erhebenden Gesang des Sängerkhore unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Moeß, sowie für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden und den so schönen Nachruf seiner Altersgenossen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Fünfbronn.

Danksagung.



Für die viele Liebe und Teilnahme, während der Krankheit und der Beerdigung unserer lieben Heimgegangenen

Elisabethe Bäuerle

sagen wir auf diesem Wege unsern aufrichtigen Dank.

Familie Bäuerle.

Autobusfahrten

Am 24. oder 25. Juli
Fahrt nach Straßburg
Fahrpreis RM. 12.50

Am 27. und 30. Juli
Fahrt nach Stuttgart
Abfahrt 7.20 Uhr. Anmel-
dungen Telefon 20, Altensteig
oder SA. 22 33, Baiersbronn
Fahrpreis RM. 4.50.

Omnibusverkehr
Gehr. Klumpp, Baiers-
bronn SA. 2233.

**Bade-
einrichtungen
Waschkeffel
Fleischränder
Defen
Herde
Messingpfannen**

sowie sämtliche Küchen-
Artikel empfiehlt billigt
in großer Auswahl
Paul Frey
Kupferhändler, Altensteig

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst

9. Sonntag n. Dr., 24. Juli
Vormittagsgottesdienst um
1/2 10 Uhr mit Predigt über
Römer 10, Vers 8-17.
Das Wort. Lied 99, 240.

Nachher Kindergottesdienst.
Vormittags 8 Uhr Christen-
lehre mit den Söhnen.
Die Gemeinschaftsstunde fällt
am Sonntag abend aus;
ebenso die Bibelstunde am
Mittwoch abend.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 24. Juli vorm. 9 1/2
Uhr Predigt

Vormittags 10 1/2 Uhr Sonntags-
schule.

Nachmittags 2 Uhr Sonntags-
schul-Kinderfest.

Katholischer Gottesdienst.

Fällt Sonntag aus.

Montag, 25. Juli, vormittags
1/2 7 Uhr heilige Messe.

LUGER

Käse

in hervorragenden Quali-
täten und niederem Preis!
Säftigen, großgelochten
Schweizerkäse **55** ₤
1/2 Pfund
Feiner Emmentaler **38** ₤
1/2 Pfund

mit der Allgäuer
Stangenkäse **42** ₤
1/2 u. 3/4 reif Pfd.

Delikatesskäse oh. Rinde **35** ₤
6 teiliger Karton
Emmentaler oh. Rinde **59** ₤
6 teiliger Karton

Qualitäts-Teigwaren
zu Sonderpreisen!
Feine Makaroni und
Gemilfenudeln **75** ₤
mit Ei 2 Pfund

Feine Suppennudeln **43** ₤
2 Pfund 85 ₤
1 Pfund

Früh gerösteter Kaffee **50** ₤
1/4 Pfund von

Malzkaffee, offen **28** ₤
1 Pfund

Feiner, offener **35** ₤
Kaffee 1/2 Pfd.

Feiner Vollreis **20** und **25** ₤
Pfd.

**Ihr Vorteil
bei LUGER!**

Bitte

beehren Sie mich mit Ihrem Besuche am
Markttage.

Sie kaufen immer preiswert
und gut bei mir

Paul Beck, Inhaber
Karl Bühler
Haus- u. Küchengeräte - Eisenwaren
Altensteig



hat stets diese Zusammensetzung. Das Futter
muß dieser Zusammensetzung angepaßt
sein, sonst wird es nicht voll ausgenutzt. Es
erzeugt weniger Eier.
Verfüttern Sie deshalb



Sämtliche Muskator-Erzeugnisse zu haben bei:
Kaufstelle Lagerhaus Ebhausen b. Nagold



Liederkranz Altensteig.

Morgen Sonntag, den 24. Juli, abends 7 Uhr hält
der Verein im „Grünen Baum“ ein

Gartenfest

ab, zu dem die Mitglieder mit Angehörigen frdl.
eingeladen sind. Bei ungünstiger Witterung findet
die Veranstaltung im Saale statt. Der Ausschuß.



SAALBAU z. TRAUBE NAGOLD

Morgen Sonntag

TANZ-

UNTERHALTUNG

Ausgeführt von der Kapelle Beck
Pforzheim. Es ladet ein

CHR. LEITZ z. TRAUBE

Altensteig.



**Kaffee-
Abichlag**

Hervorragende 6 Sorten

in vorzüglichen Mischungen und frischer Röstung
das Pfund Mk. 2.—, 2.20, 2.40, 2.80, 3.—, 3.20
Mocca-Mischung 1 Pfd. Mk. 3.40
Mocca, echt 1 Pfd. Mk. 3.60

Für Biederverkäufer, Hotels und Pensionen
bei 5-10 Pfund Abnahme Vorzugspreise

Chr. Burghard Jr.

Freundl. möbliertes Zimmer

per 1. August zu vermieten.

Chr. Kirgis, Dentist, Marktplatz

Weck-Eindunstapparate

Weck-Eindunstgläser

Geleegläser

Einmachgläser

sowie sämtliche Ersatzteile erhalten Sie in der
anerkannten Verkaufsstelle

J. Wurster Nachf.

Altensteig

Rücken Sie meinen Saison-Schlußverkauf

er bietet Ihnen große Vorteile (siehe Inserat vom Donnerstag)

Reinhold Bayer, Altensteig

